

KOMMUNALE FINANZEN

ZUKUNFTSFEST

GESTALTEN

BESCHLUSS DES MIT-BUNDESVORSTANDS AM 24. MAI 2025

Die kommunalen Finanzen sind seit Jahren enorm unter Druck. Zahlreiche Kommunen können ihre Haushalte nicht mehr ausgleichen und nehmen immer neue Kassenkredite auf, die eigentlich nur zur kurzfristigen Liquiditätssicherung gedacht sind. Ziel muss es sein, die Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wieder klar zu ordnen und die Aufgabenwahrnehmung auf allen Ebenen auskömmlich zu finanzieren. Der Bund und auch die Länder übertragen den Kommunen immer wieder neue Aufgaben, teilweise mit Anschlussfinanzierungen oder indem die Anforderungen an die bestehenden Aufgaben der Kommunen vergrößert werden. Dadurch entstehen den Kommunen häufig Kosten, ohne dass für die Finanzierung gesorgt wäre. Gerade die sozialen Aufgaben und die Aufgaben der Jugendhilfe sind stark gestiegen. Zusätzliche Leistungen und gestiegene Fallzahlen lassen die Kosten stärker steigen, als die Einnahmen anwachsen.

Daher fordert die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT):

- Klare **Aufgabentrennung** zwischen den Kommunen und dem Bund und den Ländern. Die Kosten für die Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe müssen von der selben öffentlichen Einheit finanziert werden, die darüber entscheidet, wie diese Aufgabe zu erfüllen ist (Konnextätsgrundsatz). Darüber hinaus ist anzustreben, dass nicht nur Entscheidungsträger und Steuerzahler, sondern auch Nutznießer der Ausgaben zur jeweils gleichen öffentlichen Einheit gehören (Institutionelle Kongruenz).
- **Abbau von Mischfinanzierungen**. Diese führen zu immer weniger Verantwortung für die Sinnhaftigkeit von Ausgaben, da niemand für die Prüfung und Priorisierung der Aufgaben so richtig verantwortlich ist oder sich verantwortlich fühlt.
- Eine konsequente **Prüfung der Aufgaben der Kommunen und deren Finanzierung**. Das, was die Kommunen leisten sollen, muss auch finanziert werden.
- Das Steuersystem muss von Grund auf reformiert werden. Die steuerrechtlichen Gesetzgebungskompetenzen müssen im Sinne einer klareren Aufgabentrennung der Gebietskörperschaften neu geregelt werden. Die **Kommunen sollten dabei mehr Steuerautonomie** erhalten. So wird die Ergebnis- und Finanzverantwortung gestärkt und ein Zusammenhang zwischen öffentlichen Leistungen und deren transparenter Finanzierung hergestellt.
- Um eine stabile Finanzlage zu gewährleisten, brauchen die Kommunen auch dauerhaft sichere Einnahmequellen. Dazu muss **die Gewerbesteuer reformiert und vereinfacht** werden sowie neu an die aktuellen Erfordernisse angepasst werden.

- Auch der **Finanzausgleich** ist zu reformieren. Vielfach ist die Ausgleichintensität sehr hoch und wirkt damit leistungsfeindlich. Wer eine gute Kommunalpolitik macht, attraktiv für Unternehmen als Standort und für Bürger als Wohnort ist, muss auch etwas von diesem Erfolg in der Kasse spüren und über deutlich mehr Einnahmen verfügen, als die andere, die weniger für ihre Attraktivität und Wettbewerbsfähigkeit tun.